

Unterstützt „Bildung ist keine Ware!“ Jusos fordern: Berufsqualifizierende Allgemeinbildung statt arbeitsmarktgerechter Verdummung.

Im Interesse von Handelskammer und Unternehmen will der zweite Rechtssenat die Berufsschulen privatisieren, um ihren Einfluß auf die Bildungsinhalte zu erweitern. Von der paßgenauen Qualifizierung der Arbeitnehmer von Morgen versprechen sich die Unternehmen unmittelbare Profite, die Kontrolle der Berufsschulen ist dafür Voraussetzung. Die 100 sogenannten „theoriegeminderten“ Ausbildungsberufe wie Garderobenfachmann oder Parkplatzwächter lassen sich in den bisherigen Mitbestimmungsstrukturen gegen den Widerstand von Gewerkschaften und Berufschülern nicht durchsetzen. **Jochen Rasch**, Mitglied des Landesarbeitskreises Bildung der Jungsozialisten: „Die Privatisierung der Berufsschulen dient der Einführung von Billigjobs durch die Hintertür. Sie sind ein Generalangriff auf die bisher erkämpften Tarifverträge.“

Der Juso Landesarbeitskreis Bildung unterstützt daher das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“ und ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, für den Beibehalt ihrer Berufsschulen in staatlicher Hand zu unterschreiben.

Die Berufsschulen gehören in staatliche Kontrolle, weil auch die berufliche Bildung allen Menschen nutzen soll, statt nur Unternehmensgewinne zu steigern. Kritische Urteilsfähigkeit, bewußte Kooperation und gesellschaftliche Verantwortung können nur im allgemeinbildenden Unterricht von allen entwickelt werden. Eine solche allgemeine Bildung qualifiziert für den Berufsalltag, in dem die Arbeitnehmer ständig für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam gegen die Unternehmen streiten müssen.

Der Juso Landesarbeitskreis Bildung begreift das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“ als Auftakt zu einem „Heißen Herbst“. In den Tarifikämpfen und Protestaktivitäten, gerade an Berufs-, Hoch- und allgemeinbildenden Schulen müssen wesentliche Voraussetzungen für ein vorzeitiges Ende des unternehmerfreundlichen und unsozialen zweiten Rechtssenats erstritten werden. **Jochen Rasch**: „Wir werden im Heißen Herbst für die bedarfsgerechte Finanzierung der Bildungseinrichtungen sowie der Lehrenden und Lernenden kämpfen. Soziale Sicherheit und aufklärerische Bildung sind ein wesentlicher Beitrag für ein solidarisches Hamburg.“

Für Rückfragen: Jochen Rasch (0179-4882940)

Weitere Informationen:

<http://www.wachsender-widerstand.de/>

http://www.wachsender-widerstand.de/solidarisches-hamburg_II.pdf